

Dr. phil. Justus H. Ulbricht

**„man wird doch nochmal sagen dürfen...“
Wiederkehrende Thesen, oft gestellte Fragen und typische Reaktionen.
Zur Erfahrung in der Moderation von Runden Tischen und Bürgerversammlungen.
Versuch einer kommentierenden und kontextualisierenden Annäherung**

Meine Damen und Herren,

obwohl ich in der Regel lieber frei spreche, habe ich meinen heutigen Beitrag verschriftlicht, damit man ihn – bei Bedarf – noch einmal schnell nachlesen oder zu einem Teil einer Tagungsdokumentation machen kann.

Vorausgeschickt sei, dass ich kein ausgebildeter Teamer oder Coach bin, sondern ein Debatten – und Diskussionserfahrener Historiker, Germanist und Pädagoge, der seit nunmehr über zwei Jahren als Freier Mitarbeiter der SLpB im Moderationsgeschäft aktiv ist – im Projekt „K!D“, was da bedeutet: „Kommune im Dialog“.

Das heißt, dass ich im Folgenden auch meine wissenschaftlichen Kompetenzen ins Spiel bringen werde bei der Einschätzung dessen, was einem in zahlreichen Bürgerversammlungen, an Runden Tischen sowie einzelnen Gesprächen immer wieder begegnet.

Ich werde meine Gesprächserfahrungen aus der Perspektive dreier meiner Forschungsfelder kommentieren. Denn ich befasse mich seit nunmehr fast drei Jahrzehnten u. a. mit der Frage, was eine „kulturelle Identität“ von Individuen und sozialen Kollektiven ist sowie damit, wie man diese erst konstruiert und dann versteht. Des Weiteren ist „Heimat“ ein Thema meiner Forschungen und Vorträge. Und schließlich ist die Frage danach, wie moderne Menschen die Sinnhorizonte ihrer Existenz entwerfen, verwalten und suchen, ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt meiner Bemühungen um eine kritische Religionsgeschichte der Moderne.

Das mag auf den ersten Blick weit hergeholt oder Ihnen gar als zu abstrakt erscheinen, doch sind diese drei Problem- und Fragenkomplexe der Hintergrund zahlreicher Interventionen von Mitbürgern in den zum Teil erregten Diskussionen um Asyl. Ich komme also bewusst

vom Allgemeinen her, um dann ganz konkret meine Erfahrungen mit Standardargumenten und üblichen Verhaltensweisen auf Bürgerversammlungen zum Thema zu machen.

Angelus Silesius, Lyriker, Arzt, Mystiker und Theologe, und einer der wichtigsten Barockpoeten des 17. Jahrhunderts, hat einmal gedichtet:

Ich bin und weiß nicht wer.
Ich komm' und weiß nicht woher.
Ich geh', ich weiß nicht wohin.
Mich wundert, dass ich so fröhlich bin!

Wenn ich wüsste, wer ich bin.
Wenn ich ging und wüsst' wohin.
Wenn ich käm' und wüsst' woher.
Ob ich dann wohl traurig wär?

Diese Frage nach der Verortung der eigenen Existenz und die nach dem Sinn des eigenen Lebens ist und bleibt eine Hausaufgabe moderner Menschen – und je schneller sich die globalisierte Welt um sich selber dreht, umso wichtiger wie verstörender werden solche Fragen. Der spürbare Ruck nach rechts im politischen Spektrum, den wir in allen modernen Gesellschaften Europas inzwischen feststellen können – und leider auch in Sachsen – hat mit der „Furcht vor der Freiheit“ (übrigens ein Buchtitel der 1920er Jahre von Erich Fromm) hat also mit einer tief sitzenden existentiellen Angst und Unsicherheit zu tun, die viele unserer Zeitgenossen befallen hat und der diese mit dem radikalen Wunsch nach Sicherheit und Eindeutigkeit zu begegnen versuchen.

Nun aber zu den einschlägigen Erfahrungen:

Einmal abgesehen davon, dass zahlreiche Bürger die Begriffe und sozialen Tatsachen „Asyl“, „Migration“ und „Einwanderung“ ständig verwechseln, dient bei vielen unserer angeblich nur oder wirklich „besorgten Mitbürger“ das Thema „Asyl“ als Aufhänger ganz anderer Befindlichkeiten und Probleme.

Durch die Fülle der medialen Berichterstattung eher überfordert denn präzise informiert, entsteht in Herzen und Köpfen nicht weniger Gesprächsteilnehmer ein Gebräu von Informationen und Informationsbedürfnissen, Einstellungen, Vorurteilen und Attitüden, Gedanken und Gefühlen, das zu entwirren und ein wenig zu sortieren eine Hauptaufgabe

unserer Moderationstätigkeit ist. Erschwerend kommt hinzu, dass viele der sich deutlich artikulierenden Gegner von Asyl ihre Informationen zumeist ausschließlich aus den sogenannten „sozialen Medien“ beziehen, die vielfach allerdings asozial funktionieren und krude Mischungen von Sachinformationen, politischen Haltungen, Vorurteilen und Verschwörungstheorien derart schnell verbreiten, dass Gerücht-Lawinen die Köpfe und Herzen erreicht haben, bevor es zum Austausch von gesicherten Informationen und von im guten Sinne vernünftig rationalisierten Meinungen kommen kann.

Es gibt immer Bürger, die zuhören wollen oder die echte und berechtigte Besorgnisse sowie konkrete Sachfragen auf dem Herzen haben, aber ein Großteil der jeweils Anwesenden ist eher hartleibig in Sinn und Rede. Von verbalen Attacken, die es auch immer wieder gibt, mal abgesehen.

Zahlreiche Menschen kommen mit Fragen in die entsprechenden Runden, sind zugleich aber kaum bereit, ihre eigenen Positionen zur Diskussion zu stellen und ihren zumeist stark emotionalen Zugang zu rationalisieren. Wer keine sozialen Alltagserfahrungen mit „dem Fremden“ oder „den Fremden“ hat – und das ist die überragende Mehrheit der Sachsen – verfügt über ein großes Reservoir der Bilder „des Fremden“, die sich dann oftmals verselbstständigen.

Es ist vielfach typisch, dass im Vorfeld der Einrichtung von Asylunterkünften die Emotionen sehr hoch gehen, dass aber in zahlreichen Gemeinden oder Ortsteilen nach der Einrichtung wieder Frieden einkehrt – ohne die dann durchaus vorhandenen Alltagsprobleme in den Unterkünften und mit einzelnen Asylbewerben klein- und wegzureden. Aber die Anwesenheit der „Fremden“ ermöglicht erst Erfahrungen, die zum Teil die vorher gepflegten Bilder und Ängste relativieren können. Aus zahlreichen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen wissen wir, dass explizite Fremdenfeindlichkeit paradoxerweise dort am höchsten ist, wo es die wenigsten Migranten gibt.

Klar ist: weder in unseren Debatten vor Ort noch im Falle erregter Anrufe bei denjenigen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, die in Sachsens Gemeinden Tourismus-Marketing machen, kann es darum gehen, alle Fragen und Anschauungen von Bürgern zu beantworten oder zu korrigieren.

Es geht primär also um Gesprächsstrategien:

- die zuerst einmal Respekt vor anderen Meinungen einfordern,
- die die angesprochenen Probleme kontextualisieren,
- die einzelne Informationen gezielt einstreuen,
- die auf seriöse Quellen zur weiteren Information verweisen
- und die sich deutlich gegen fremdenfeindliche und volksverhetzende Positionen aussprechen

Was aber kommt in den Bürgerversammlungen nahezu immer zur Sprache:

Ich habe insgesamt 12 Themen ausgesucht, kann aber aus Zeitgründen hier im mündlichen Vortrag nur einige ausführlicher kommentieren und kontextualisieren. Die ausführliche Version meiner Überlegungen können Sie bei weiterem Interesse dann ja bei der Geschäftsstelle des LTV abfordern.

- **„Wir sind besorgte Bürger und es geht hauptsächlich um uns, nicht um die Flüchtlinge.“**

Angst und Besorgnis sind erst einmal da und dies zu artikulieren ist berechtigt. Wichtig aber der Hinweis, dass eigene Ängste und Einstellungen nicht zur Diskriminierung und Ausgrenzung anderer Menschen oder gar ganzer Menschengruppen berechtigen. Das gilt gegenüber deutschen Mitbürgern ebenso wie gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung in unserer Gesellschaft ist ein hohes Gut, aber keine Einladung zum respektlosen und diskriminierenden Reden über Andere. Zudem kommt das Wort „Kritik“ von „krinein“ – und das heißt im Altgriechischen „entscheiden“ – und nicht pöbeln oder verbal angreifen. Kritik setzt den Respekt vor einer anderen Meinung und den Willen zur Selbstkritik voraus und hat etwas mit Vernunftgebrauch zu tun.

- **„Wir haben selber Probleme genug.“**

So berechtigt es sein mag, dass jeder zuerst an sich selber denkt. Der Mangel an Empathie bei Vielen ist auffällig und bisweilen erschreckend. Dahinter stecken zum einen Unkenntnis, zum anderen der Unwillen, sich überhaupt mit der realen

Situation von Migranten und Flüchtlingen zu beschäftigen. Außerdem aber sind nicht wenige Mitbürger in ihren eigenen Problemlagen befangen.

Hier gilt es darauf hinzuweisen, welche sozialen und politischen Probleme von Zuwanderern verursacht werden und welche hausgemacht sind. Dies muss als Einladung verstanden werden, über unsere eigenen gesellschaftlichen Probleme und Disproportionalitäten offen zu sprechen.

Es ist offensichtlich, dass viele Bürger politische und ökonomische Ungerechtigkeiten in unserem Land offen beklagen und z. B. fürchten, dass durch eine unregelmäßige Zuwanderung bestimmte Schräglagen in der Verteilung der Steuerlasten und der Einkommen noch zunehmen. Viele haben schon jetzt das Gefühl, dass die Schere zwischen arm und reich bei uns immer weiter aufgeht und dass vor diesem Hintergrund der Zuzug „der Fremden“ zu Verteilungskämpfen im unteren Drittel der Einkommens- und Wohlstandspyramide führt.

- **„Asylanten sind Wirtschaftsflüchtlinge, die uns etwas wegnehmen werden.“**

Seit Jahrtausenden gehen Menschen in andere Länder im Glauben und mit dem Wunsch, dass es ihnen dort besser gehe.

Unser aktuelles Problem besteht darin, dass das Asylrecht und dessen reale Anwendungspraxis als einziges „Eingangstor“ für Flüchtlinge nur politische Fluchtgründe anerkennt, nicht jedoch ökonomische. Die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ aber, deren Zahl aus den Balkanstaaten aktuell übrigens stark abnimmt, können nur den Weg über den Asylantrag nehmen....und daher belasten sie ein System, das eigentlich für andere gedacht ist. Letztendlich braucht die Bundesrepublik ein Einwanderungsgesetz und neu zu entwickelnde Steuerungsinstrumente für eine gezielte, erwünschte und nötige Einwanderung.

Klar ist: Die Gewährung von Asyl ist teuer und belastet vor allem die Kommunen und Gemeinden, die zur Mitwirkung bei der Gewährung von Asyl verpflichtet sind. Aber ebenso klar ist, dass unsere Schulen, Kindergärten, sozialen Einrichtungen, Straßen und anderes aus anderen „Töpfen“ finanziert werden als Asyl und Migration. Unser Gesamtetat wird also zusätzlich belastet, aber dass den Einwohnern Deutschlands

von den Asylbewerbern auf direktem Weg etwas weggenommen würde, ist nicht zutreffend.

- **„Wir sind nicht das Sozialamt der Welt.“**

Das ist ein NPD-Wahlkampfslogan, sonst nichts. Im Übrigen kommen die wenigsten der weltweit ca. 65 Millionen Flüchtlinge nach Europa und nach Deutschland. Über 86 % landen und bleiben in Nachbarländern der sogenannten „Dritten Welt“ oder in Entwicklungsländern, schließlich auch in Schwellenländern wie der Türkei.

Aktuelle Zahlen dazu findet man sofort im Netz unter „Flüchtlingzahlen weltweit“ oder beim UNHCR, dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen. Deren Flüchtlingsbericht 2014 ist hoch differenziert und umfasst 56 Seiten. Auch die Webseiten des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) oder der Deutschen Islam-Konferenz bieten monatlich korrigierte Zahlen zur Situation der Flüchtlinge in der Bundesrepublik.

- **„Warum kommen die alle zu uns?“**

Es kommen nicht „alle“! Siehe oben!

Deutschland ist inzwischen allerdings wirklich das Land in der EU, in dem die meisten Asylanträge gestellt werden. Wir gelten als friedlich, rechtssicher, gut organisiert, weitgehend korruptionsfrei und vergleichsweise wenig nationalistisch – alles Gründe, weshalb wir weltweit als Zuwanderungs- und Fluchtland so beliebt sind. Im Übrigen kennen viele Flüchtlinge nur unsere medial vermittelte Schokoladenseite – mit der auch die Schlepperbanden locken.

- **„Mit dem Zuzug von Asylanten wächst die Kriminalität.“**

Die Angst vor Kriminalität ist ein Kennzeichen unserer eigenen, im Verhältnis extrem sicheren und zugleich stark sicherheitsbedürftigen Gesellschaft, wobei die eingebildete Kriminalität – vor allem im Bereich schwerer Gewaltdelikte – und die Zahlen tatsächlicher Kriminalität weit auseinanderklaffen. Zudem erfasst keine Kriminalstatistik trennscharf die Ausländerkriminalität, die Kriminalität von

Zuwanderern und Flüchtlingen und – ein Thema vor allem in Ostsachsen – von Grenzkriminalität.

Die Polizei hat in der Regel mit einer wachsenden Zahl von Problemen in den Sammelunterkünften zu tun sowie mit der Gewalt gegen Heime und gegen Unterstützer der Asylbewerber. Mehrfachtäter sind der Polizei in der Regel gut bekannt, seien es nun Deutsche, Ausländer oder Flüchtlinge. Die juristische Handhabung beruht auf Anzeigen durch die Bürger und die folgerichtigen und legalen Handlungen der Justizbehörden.

Aber: Strafrecht bricht nicht automatisch und direkt das Asylrecht. Abschiebung etwa erfolgt nach einem abgelehnten Asylantrag, nicht nach kleineren Eigentumsdelikten oder anderen Vorfällen.

Die sozialen Medien und deren Gerüchteküche insbesondere sorgen dafür, dass von zahlreichen Usern einzelne reale Straftaten reflexhaft auf die gesamte Gruppe der Flüchtlinge und Migranten hochgerechnet werden. Im Extremfall handelt es sich dann um einen den Ausdruck gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

- **„Die müssen das tun, was bei uns gilt.“**

Vollkommen richtig in Bezug auf das Grundgesetz, das Strafgesetzbuch und auf andere geltende, kodifizierte Regeln unseres Gemeinwesens. Diese zu befolgen, heißt jedoch sie erst einmal überhaupt zu kennen – und Deutsch Lesen und Sprechen zu können, wann man sie kennenlernen möchte.

Im Feld sozialer Regeln und Konventionen aber liegt der Fall komplizierter. Unsere eigene Gesellschaft ist hochkomplex, heterogen sowie sozial differenziert in Schichten, Milieus, „Szenen“ und Generationsstile. Dort herrschen oftmals vollkommen andere Alltagsgewohnheiten, Umgangsformen und Sprachregelungen. „Was bei uns gilt“ ist mithin recht unterschiedlich, uneindeutig – und bedarf im Übrigen im privaten wie öffentlichen Umgang der Menschen miteinander der Aushandlung, der Abstimmung und der Anpassung. Dies aber setzt soziale Kontakte und Erfahrungen miteinander im Alltag und im privaten Bereich voraus.

Zudem gelten in freien Gesellschaften ein hohes Maß an erlaubter Abweichung von bestimmten Standards und die banale Tatsache, dass im öffentlichen Bereich andere

Regeln gelten als im privaten. Und schließlich bleiben wir selbst im Alltäglichen hinter dem „was bei uns eigentlich gilt“ zurück. Denken wir nur an die Gleichberechtigung der Frauen, den Schutz von Kindern oder dem legalen Verhalten im Wirtschaftsleben. Hinter dem oft artikulierten Wunsch, die Zuwanderer mögen sich doch bitte verhalten nach dem, „was bei uns gilt“ steht oftmals die eigene Erfahrung, dass diese Forderung von einigen unserer Mitbürger verletzt wird oder dass wir in manchen Bereichen unseres sozialen Lebens eben nicht mehr eindeutig wissen, was denn gilt – vor allem aber, was angesichts des radikalen Wandels in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen morgen noch gilt.

Was nun in den Herkunftsgesellschaften der Flüchtlinge und Migranten gilt, wissen die meisten Einheimischen sowieso nicht. Fremdheit ist folglich die erste und vollkommen ‚natürliche‘ Erfahrung in der Begegnung mit nicht-deutschen Kulturen. Die Angleichung kultureller Standards setzt viel Zeit voraus, vor allem aber eine konkrete soziale Alltagserfahrung von „Einheimischen“ und „Fremden“. Genau diese aber fehlt beiden Seiten, solange die „Fremden“ auf der Durchreise oder im Status des Asylbewerbers sind.

Erlaubt sei ein Hinweis aus der Kultur- und Migrationsforschung: Typisch für Einwanderer, Flüchtlinge und Migranten ist mehrheitlich der Wille zur Anpassung, zum Nicht-Auffallen-Wollen, also zur Befolgung der in der Einwanderungsgesellschaft geltenden Regeln, nicht die Abweichung davon oder der Bruch.

Die Angst vor neuen „Parallelgesellschaften“ – eine Standardäußerung in allen Bürgerversammlungen – wäre dann berechtigt, wenn von Parallelgesellschaften und deren Bewohnern eine konkrete soziale und politische Gefahr ausginge. Das kann sein, ist aber nirgendwo die Regel. So haben sich die Dresdner inzwischen etwa mit deutsch-russischen, vietnamesischen, chinesischen und westdeutschen Parallelgesellschaften eingerichtet, deren Innenleben die meisten Dresdner weder genauer kennen noch tiefergehend interessiert.

Dass aber so mancher Migrant im persönlichen Gespräch äußert, es sei recht schwer, in Sachsen wirklich anzukommen und akzeptiert zu werden, sollte uns zu denken geben.

- **„Die Muslime wollen uns missionieren.“**

Von den drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) hatten und haben zwei – also das Christentum und der Islam – ein ausgeprägtes, jeweils theologisch gerechtfertigtes Missionsinteresse und eine entsprechende Missionspraxis. Deren christliche Spielart ist unserer eigenen Kultur inzwischen fremd geworden; in Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ wie auch im evangelikalen Protestantismus Nordamerikas aber ließe sich das bis heute studieren.

Teile des Islam, der als einheitliche Religion übrigens ebenso wenig existiert wie „das Christentum“, setzen bis heute auf die Missionierung der „Ungläubigen“, vor allem aber auf die ihrer jeweiligen, unterdessen säkularisierten Landsleute und Glaubensbrüder. Gewaltsame Mission ist allenfalls also ein Teil der heute existierenden muslimischen Kulturen Kleinasiens, Afrikas oder Indonesiens. In den westlichen europäischen Gesellschaften ist Mission eine überwiegend innerislamische Angelegenheit in Moscheen und Koranschulen und richtet sich auch hier primär an Glaubensbrüder, um diese auf den „richtigen“ Weg zurückzubringen. Der Salafismus versucht in Deutschland eine Straßenmission, ist jedoch eine radikale Minderheit unter höchster Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Die Mehrheit der geschätzt 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime in Deutschland mit Migrationshintergrund geht ihrer religiösen Praxis in eigenen Gotteshäusern oder im privaten Umfeld nach. Was in den neuen Bundesländern offensichtlich für stärkere Irritationen als „im Westen“ sorgt, sind Formen öffentlich gelebter Religion. In katholisch geprägten Regionen ist man stärker daran gewöhnt als in protestantischen. Aber da die Mehrheit der „neuen Bundesbürger“ ent-kirchlicht und ent-konfessionalisiert ist, sind Erfahrungen mit offen ausgelebter Religion oder Religiosität entweder nicht vorhanden oder erregen sogar Argwohn.

- **„Der Islam ist gefährlich.“**

Hier wäre zuerst mal zu klären, was man unter „dem Islam“ versteht. Der saudiarabische Wahabismus etwa ist vor allem innenpolitisch und für die saudische Bevölkerung selbst gefährlich und unterstützt zudem fundamentalistische

Bewegungen in mehreren islamischen Ländern – Saudi-Arabien aber ist Militär- und Handelspartner des Westens.

Islamische Kulturen wie in der Türkei oder im Iran sind sehr gegensätzlich und daher genauer ob ihrer Gefährlichkeit für uns zu betrachten. Innerislamische Konflikte wie die zwischen Sunniten und Schiiten etwas sorgen in der Regel für Probleme in den betreffenden Ländern selbst (in letzter Zeit auch manchmal zu Reibereien in Flüchtlingsunterkünften).

Bedrohlich wirkt und ist selbstverständlich der radikale und gewaltbereite Islamismus. Dieser bzw. die entsprechenden militärisch-terroristischen Gruppierungen (Al Qaida, Boko Haram, Islamischer Staat...auch Taliban-Gruppen) bedrohen überwiegend ihre muslimischen Mitbürger sowie einheimische Bevölkerungen; auch sind sie an Christen- und Yeziden-Verfolgungen beteiligt.

Der in Europa ausgeübte Terror geht ebenfalls auf islamistische Tätergruppen zurück. Viele Flüchtlinge nach Europa suchen hier Sicherheit vor einer Bedrohung durch den Islamismus sowie vor der Zwangsmissionierung und der religiösen Unterdrückung in ihren Heimatländern. Hier lockt die relative Religionsfreiheit westlicher Gesellschaften.

Islam und Islamismus vor allem kommen über mediale Bilder bis in unsere Wohnstuben. Diese Bilder haben in der Tat eine verstörende und irritierende Kraft. Wie im Fall der Kriminalität aber gilt auch hier, zwischen realen Bedrohungslagen, selbst erlebtem islamistischem Terror und der Angst davor deutlich zu unterscheiden. Generell sind der Islam und dessen innere theologische und soziale Differenziertheit für Deutsche mehrheitlich eine unbekannte Religion, zumal in vielen Bundesländern ein christlich-konfessionell geprägter Religionsunterricht erteilt wird. Größere Unterrichtseinheiten zum Islam im Ethik-Unterricht kommen vor, sind aber nicht die Regel. Und im Übrigen werden die ausgeprägtesten Ängste vor dem Islam von Erwachsenen, nicht von Heranwachsenden geäußert.

Islamkunde wäre daher eine Angelegenheit der außerschulischen Erwachsenen-Bildung und der politischen Bildung.

- **„Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern verbessern.“**

In der Tat wäre das eine Lösung so mancher Weltprobleme, doch zugleich vermutlich diejenige mit den schwersten Konsequenzen für unser eigenes Leben in der saturierten westlichen Welt. Denn wir alle müssten unser Konsumverhalten, unsere Außenpolitik, unsere Sicherheitsinteressen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik und schließlich auch die Standards und Gewohnheiten der westlichen Entwicklungspolitik strengstens überprüfen, wenn wir das Leben in den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern und Flüchtlingen entscheidend und vor allem auf Dauer verbessern möchten.

Wer also die oben erwähnte, aus humanitären Gründen naheliegende und ethisch ehrenwerte Forderung erhebt, muss bereit sein, eigene Interessen und Vorlieben erst einmal gedanklich kritisch zu betrachten und dann auch real zu verändern.

In demokratisch legitimierten Ländern bedeutet dies die Fähigkeit zum Kompromiss, zu einer offenen und realistischen Interessenabwägung; schließlich auch die Einsicht in Machtverhältnisse und den erfolgreichen Versuch, für Formen neuer Politik auch Mehrheiten zu schaffen.

Was viele Bürger in den Debatten besonders erbost, ist die Tatsache, dass die Bundesrepublik nach wie vor der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Ethisch und friedenspolitisch ist das kaum mehr zu rechtfertigen, bleibt bis auf weiteres aber gelebte Praxis.

Schließlich aber darf die Aussage „Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern verbessern“, kein Ausweichargument sein, sich zu fragen, wie wir mit den Menschen umgehen möchten, die nun schon bei uns sind oder noch kommen werden.

- **„Das sind alles die Amerikaner schuld.“**

In manchen Bürgerversammlungen bricht sich ein unverhohlener Anti-Amerikanismus Bahn, der eine unsortierte Mischung aus mal fundierter (und berechtigter), mal oberflächlicher Kritik an der amerikanischen Politik und alten

antiamerikanischen Ressentiments darstellt. Dieser Haltung gegenüber steht bisweilen ein ebenso uninformiertes und unhinterfragtes Bild Russlands.

Viele unserer Mitbürger befürchten die Rückkehr eines kalten Krieges, der jederzeit umschlagen könne in einen heißen militärischen Konflikt. Beispielhaftes AngstszENARIO ist dabei meist die Ost-Ukraine. Auch die Lage im Nahen Osten ist verworren und wird ebenso verworren wahrgenommen; geopolitisches und geostrategisches Wissen ist wenig verbreitet – also dominieren auch hier Teilinformationen, Gerüchte und die starken Bilder aus diversen Kriegs- und Krisengebieten. – Schon ein Blick in einzelne Länder-Kapitel bei WIKIPEDIA aber könnte hier erste Abhilfe schaffen.

- **Wenn wir uns nicht abschotten und die Grenzen dicht machen, bricht unser Land zusammen.“**

So einfach geht das nicht, denn die Frage der offenen Grenzen in Deutschland oder dessen Nachbarstaaten ist keine nationale Angelegenheit alleine (außer im Notstands- oder Kriegsfall), sondern eine europäische. Partielle Schließungen sind schon jetzt mit dem jeweiligen Nachbarstaat abzusprechen. Der Vertrag von Maastricht und das Schengener Abkommen müssten mit Mehrheiten im Europa-Parlament, dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission rückgängig gemacht werden, um Europa abzuriegeln. Angesichts der maritimen und „grünen“ Grenzen ist das auch leichter gesagt als getan. Migrations- und Flüchtlingsexperten weisen außerdem darauf hin, dass Flüchtlinge in jedem Falle flüchten wollen, d. h. dass sie mit allen Mitteln versuchen werden, Blockaden und Verzögerungen jeglicher Art zu umgehen.

Ob unser Land jetzt schon überfordert ist, wird in der Gesellschaft und den politischen Eliten sehr kontrovers diskutiert.

Vergleicht man Deutschland mit Ländern, die einen ähnlichen Lebensstandard haben, dann scheint unser Land in der Tat seine Verantwortung besonders ernst zu nehmen. Vermutlich nicht ohne historischen Grund: Kein anderes westliches Land hat im letzten Jahrhundert durch Kriege so viele Menschen zu Flüchtlingen gemacht; kein anderes hatte infolgedessen selbst so viele Vertriebene.

Zieht man nun UNHCR-Berechnungen hinzu, wird der Anlass zur Bescheidenheit noch größer: Wer reicher ist, kann mehr stemmen. Deshalb betrachtet UNHCR die Flüchtlingszahlen in Relation zur wirtschaftlichen Leistung der Länder. Setzt man die Zahl der Aufgenommenen in Beziehung zum verfügbaren Bruttosozialprodukt, taucht kein einziges westliches Land, auch Deutschland nicht, unter den Top Ten auf. Stattdessen finden sich dort: die Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Äthiopien, Jordanien, Kenia, Tschad, Uganda und China.

Doch solche und andere Statistiken trösten nicht darüber hinweg, dass unser Aufnahme-, Registrierungs- Unterbringungs- und Betreuungssystem aktuell wirklich und unübersehbar an seine Grenzen stößt – was Verantwortliche und Helfer, engagierte Ehrenamtler und Asyl-Unterstützer chronisch überfordert und viele zuschauende Bürger mit Angst, Sorge und Wut erfüllt.

Soweit nun die häufigsten Fragen, Bedenken und Weltbilder.

Ich möchte nun noch ein paar Überlegungen darüber anstellen, was hinter solchen Diskursen auch noch sichtbar wird. Denn ich hatte ja schon eingangs betont, dass das Thema „Asyl“ vielfach nur ein Aufhänger dafür ist, dass Menschen ihre politischen Meinungen, Annahmen, Gefühle, Vorurteile und ganze Weltbilder zu ganz anderen Fragen äußern. Diese Kontexte machen es bisweilen schwer, in den Diskussionen bei einer Sache, bei einem Problem, zu bleiben. Denn viele, die da debattieren, machen gerne gleich die „großen Fässer“ auf – so dass realistische Einschätzungen, und vor allem aber praktikable Lösungen für konkrete Angelegenheiten und Schwierigkeiten in weite Fernen rücken.

Unverkennbar sind folgende Hintergründe für die Art und Weise, den Ton und die bisweilen auch die schwer austarierbare Emotionalität von Asyldebatten von zentraler Bedeutung:

- In unserer auf den ersten Blick friedlichen, saturierten und sicheren Gesellschaft haben viele Menschen dennoch soziale Ängste, auch und gerade diejenigen Angehörigen der Mittelschicht, die genau wissen, was sie zu verlieren haben und die die mögliche Fallhöhe in unserer Konkurrenzgesellschaft kennen.

Wer hingegen schon unten ist oder sich am Rande der Gesellschaft fühlt, hat oft die Hoffnung verloren, da wieder herauszukommen. Die zunehmende Prekariarität im unteren Drittel des Arbeitsmarktes schafft ebenso wenig Vertrauen in die eigene Zukunft wie die Erfahrung und das Wissen, dass makroökonomische Prozesse von unseren politischen Eliten kaum mehr gesteuert werden können. Das versuchen ersichtlich andere wirtschaftliche Elitenformationen, die sich ihrerseits erfolgreich einer politischen Kontrolle entziehen bzw. die Freiheiten des deregulierten Marktes eifrig nutzen.

- Die Erfahrungen mit der sogenannten „friedlichen Revolution“ oder der „Wende“ sind je nach familiärer Lage, den eigenen Erlebnissen und den biographischen Prägungen höchst unterschiedlich. Und ebenso differenziert sind die politischen Folgerungen, die man daraus zieht.

Zugespitzt könnte man formulieren, dass wir heute – zufällig genau 25 Jahre nach Wende und Wiedervereinigung – die soziale und mentalitäre Quittung bekommen für die Prozesse und Vorgänge der frühen 1990er Jahre. Damals wurden für die neuen Bundesbürger nahezu sämtliche Alltagsroutinen und bis dahin gültige Gewohnheiten entwertet, ebenso wie oftmals die gesamte Biographie. Vertraute, wenn auch nicht geliebte DDR-Verhältnisse schwanden über Nacht. Demokratie wurde möglich und eingeführt – ging jedoch einher mit einer massiven sozialen Destabilisierung im Osten der Republik. Die neue Freiheit kam auch als Markt – mit neuen Chancen, aber in aller Härte und mit unkalkulierbaren Risiken.

Solche Erfahrungen überwintern gerade in den Familiengedächtnissen und werden dann revitalisiert, wenn aktuelle Erlebnisse im neuen System bedrohlichen, undurchschaubaren, vor allem aber einen nicht sicher kalkulierbaren Charakter annehmen. Zudem wirkt die „Berliner Republik“ als weitgehend utopie- und visionslose Gesellschaft wenig inspirierend. Wir scheinen – alltagssprachlich ausgedrückt – „so vor uns hin zu wurschteln“.

- Wichtig in diesem Zusammenhang aber ist, dass die eher skeptischen, wenn nicht resignativen Rückblicke vieler Bürger auf die letzten 25 Jahre kollidieren mit der Attitüde einer Mehrheit unserer politisch Verantwortlichen, die die neue „Berliner Republik“ und die alte „Wende“ fast ausschließlich als Erfolgsgeschichten zu preisen und allzu deutliche Kritik daran abzuweisen. Denn eine massive Kritik an den sprichwörtlichen „blühenden Landschaften“ würde wohl von so manchem Politiker und Verwaltungsfachmann ausschließlich als eigenes Versagen interpretiert. Das mag man aber selten gern sich und anderen eingestehen. Und es setzt viel eigene Souveränität voraus, die in einer Demokratie immer berechtigte Kritik an Politik und Verwaltung als Sachkritik anzunehmen und eigene Verantwortlichkeiten zu erkennen – statt mit einer Geste beleidigter oder gar arroganter Abwehr zu reagieren.
Kurzum: Die aktuellen Asyl-Debatten stellen in aller Schonungslosigkeit und Direktheit die Frage, inwieweit unser Gemeinwesen intern intakt ist, welche echten politischen und ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten Bürger haben (oder erst einmal nur sehen) und wie unsere Funktionseliten „ticken“.
- Und noch einmal sei es gesagt: Freie und offene Gesellschaften wie unsere verlangen von ihren Bewohnern ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Orientierungsfähigkeit in der „neuen Unübersichtlichkeit“ der Verhältnisse. Kulturelle Unterschiede können – friedlich ausgetragen und gelassen anerkannt – zu einer großen Bereicherung werden. Aber als ausschließlich „fremd“ und „bedrohlich“ wahrgenommen, werden sie kein akzeptierter Teil der politischen Kultur, des Gemeinwohlinteresses und der sozialen Verfasstheit insgesamt.
- Und schließlich – zum Abschluss – eine Bemerkung zu bestimmten Formen regionaler Identität und zum viel beschworenen „Sachsen-Patriotismus“. Dass man seine Stadt und Region mag, aus der man kommt, in die man hingezogen ist und in der man lebt, ist vollkommen in Ordnung – und dieses „Heimat-Gefühl“ wird immer wichtiger in Gesellschaften, die faktisch viel unterwegs sind. Denn „Heimat“ heißt ja Zugehörigkeit, Vertrautheit, Sicherheit und ein alltägliches Wohlfühlen.

Ich glaube es war Martin Walser, der einmal gesagt hat: „Heimat ist da, wo ich mich nicht ständig erklären muss.“ Je mehr Neubürger und Fremde aber in meiner Heimat leben, umso öfter werde ich mich wohl erklären müssen (und der anders sich auch). Und je mehr ich mich eigentlich „entheimatet“ fühle, ohne weggezogen zu sein; also unbehaust in der eigenen Gesellschaft, umso engstirniger und engherziger kann der berühmte Satz buchstabiert werden: „So geht sächsisch!“

Weltoffenheit und Neugier auf andere Kulturen schwinden dann recht schnell oder werden erst gar nicht eingeübt; sie bleiben ein Ideal in Festreden und Hochglanzprospekt-Texten, doch sind sie kaum oder mindestens zu wenig Realität im Alltag.

Es geht mir nicht darum ein ausgeprägtes sächsisches Selbstbewusstsein oder die Liebe zu diesem Land pauschal unter Verdacht zu stellen, im Gegenteil. Nur dürften wir aktuell in einer Situation sein, die uns zwingt, genauer zu bedenken und anderen zu vermitteln, wie „sächsisch“ wirklich geht und wie offen wir gegenüber Gästen und Fremden sein müssen, ohne uns selbst zu verlieren. Es geht also um einen kulturellen Lernprozess, in den wir selbstbewusst einbringen können, was wir schon erreicht haben und was wir in unserem Land unter den Bedingungen einer offenen Gesellschaft ohne Krieg schon gelernt haben.

Dies gibt Ihnen und mir selbst einer mit, der in Oberfranken geboren wurde, im Rheinland weiter aufwuchs, in Baden-Württemberg studierte, dann nach Norddeutschland zog (wo meine Mutter herkommt) und schließlich ab 1990 mit steigender Tendenz „im Osten“ lebt – und nun gar in Sachsen in der Nähe zum Geburtsort meines Vaters, nämlich Aussig an der Elbe, was nun bekanntlich Usti nad Labem heißt.

Dies also schreibt Ihnen und uns einer mit Migrationshintergrund ins Stammbuch

Herzlichen Dank fürs Zuhören